Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

März 2008

Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht

Unser schöner Landkreis Oder-Spree und das ganze Land Brandenburg haben eine gemeinsame Eigenschaft: Sie sind groß und ländlich geprägt. Das ist in vielerlei Hinsicht ein Vorteil, es ist aber auch von Nachteil. **Zu unserer heutigen Zeit gehört Mobilität**, in ländlichen Gebieten ist es oft die Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Nur wer sich ein Auto oder die Fahrkarte leisten kann, ist in der Lage, den Arbeitsplatz zu erreichen und Kultur, Bildung oder Freizeit wahrzunehmen.

Beim bundesweiten Erfahrungsaustausch der Fraktion DIE LINKE im Bundestag mit Sozialticket-Initiativen am 21. Januar 2008: Dr. Andreas Steiner, gesetzlicher Vertreter für die Grüne Liga Brandenburg, Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag und Carsten Zinn, gesetzlicher Vertreter für den ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg in der Volksinitiative für ein landesweites Sozialticket in Brandenburg (v.l.) *Foto: Frank Schwarz*

Leider können sich immer weniger Menschen diese notwendige Mobilität leisten. Ständige Preiserhöhungen der Bahn und im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) sowie teurer werdendes Benzin vergrößern die Mobilitäts-Ungerechtigkeit permanent. Daher fordert DIE LINKE die Einführung eines Sozialtickets für Menschen, die hilfebedürftig im Sinne des Sozialgesetzbuches II oder des Sozialgesetzbuches XII sind oder über Einkommen in vergleichbarer Höhe verfügen. Ein Ticket dieser Art gibt es bereits in Berlin von Rot-Rot, in Brandenburg würde für eine solche Maßnahme Kosten von etwa fünf Millionen Euro entstehen. Es soll für einen Landkreis gelten und 50 Prozent der VBB-Umweltkarte kosten. Diese Forderung ist keine linke Spinnerei, laut einer Umfrage sind 76 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein solches Ticket.

Trotz der vergleichsweise geringen Kosten und der breiten Akzeptanz in der Bevölkerung weigert sich die Landesregierung, ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Darum hat DIE LINKE mit vielen anderen Organisationen eine **Volksinitiative „Für ein Sozialticket“** gestartet. In kurzer Zeit kamen die nötigen Unterschriften zusammen, die Initiative war ein großer Erfolg.

Leider haben die Regierungskoalitionen in ihrer bekannten Arroganz die **Initiative im Landtag abgelehnt**. Laut SPD und CDU sollen die Landkreise für das Ticket zuständig sein. Da eine solche Maßnahme aber eine freiwillige Aufgabe ist und das Land die Zuschüsse für den ÖPNV in den letzten Jahren eh schon gekürzt hat, dürften nur Landkreise mit einem ausgeglichenen Hauhalt ein Sozialticket einführen. Unser Landkreis Oder-Spree hat bekanntermaßen ein erhebliches Defizit. Darum muss das Land aktiv werden – schon unsere Verfassung schreibt die Pflicht zu gleichwertigen Lebensbedingungen vor.

Alle beteiligten Organisationen an der Volksinitiative haben nach der Ablehnung durch den Landtag nun ein **Volksbegehren beantragt**. Eine Volksinitiative können SPD und CDU in ihrer Überheblichkeit vielleicht noch ignorieren, aber an einem noch deutlicheren Signal der Bürgerinnen und Bürger kommen sie nicht vorbei. Für ein erfolgreiches Volksbegehren müssen sich 80 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger innerhalb von vier Monaten in amtlich ausgelegte Listen eintragen. Das klingt zunächst viel – aber bei den letzten Landtagswahlen haben uns 320 000 Menschen ihre Stimme gegeben, allein in Oder-Spree waren es 25 000 Zweitstimmen. Und bei einer solchen breiten Zustimmung in der Brandenburgischen Bevölkerung sollten 80 000 Unterschriften zu schaffen sein. Die Menschen brauchen dieses Ticket, Brandenburg und unser Landkreis wären ein Stück sozial gerechter. Darum sollte das Volksbegehren „Für ein Sozialticket“ eines unserer Schwerpunkte vor und im Kommunalwahlkampf sein. Dieses Thema verdeutlicht ziemlich genau das, wofür wir stehen: für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität, für die Menschen.

Peer Jürgens
Mitglied des Landtages, Erkner

In namentlicher Abstimmung (Landtagsprotokoll 4/61) haben die für den Landkreis Oder-Spree zuständigen Abgeordneten Karney (CDU), Homeyer (CDU), Siebke (SPD), Alter (SPD) und Heppener (SPD) gegen ein Sozialticket gestimmt.

In dieser Ausgabe:

DIE LINKE zeigt Wirkung 2

Wer darf sich an Volksinitiativen beteiligen? 3

Das JA und NEIN im Bundestag von MdB Jörg Vogelsänger 4

Kreistagsreport

- Kein Zwanganschluss von Kleingärten und Freiberuflern an die Abfallentsorgung 6
- Daseinsvorsorge entwickeln heißt Grundzentren sichern 7

DIE LINKE wächst 9

Ein Kreuz ist es mit deutschen Kreuzen 11

Eisenhüttenstadt: Stadtumbau sozial und innovativ gestalten 15

Warnstreik im EKO war erfolgreich 16

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Karikatur: Gertrud Zucker, Bad Saarow

Landtagswahlen 2007/2008

DIE LINKE in Bremen	8,4 %	7 Sitze
DIE LINKE in Hessen	5,1 %	6 Sitze
DIE LINKE in Niedersachsen	7,1 %	11/10 Sitze
DIE LINKE in Bremen	6,4 %	8 Sitze

Im Anschluss an eine Kundgebung in Hamburg-Altona verteilten am 16. Februar 2008 mehr als 700 Helferinnen und Helfer rund 500 000 Bürgerbriefe zur Wahl in Hamburg. Aus dem Landkreis Oder-Spree halfen Jürgen Engert, Frithjof Bastian, Peter Engert (von links) und Stephan Wende (der Fotograf) mit – Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Neu für die Bundesrepublik – DIE LINKE in weiteren vier deutschen Landtagen

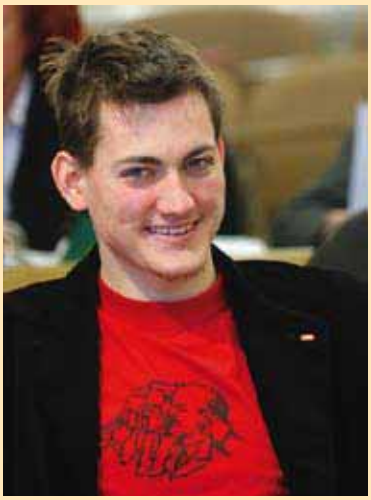
DIE LINKE zeigt Wirkung

Im Sommer 2006 hat uns Jürgen Klinsmann mit der Fußballnationalmannschaft bei der WM ein „Sommermärchen“ beschert. Wir als DIE LINKE erleben zur Zeit ein „Frühlingsmärchen“. Wobei es einen gewichtigen Unterschied gibt: Die deutsche Nationalmannschaft hat es nicht ins Finale geschafft.

Wir sind in Fraktionsstärke in vier westdeutsche Landtage eingezogen. Dazu gehören nicht nur Bremen und Hamburg, sondern auch die Flächenländer Hessen und Niedersachsen. Übereinstimmend wird damit die „Westausdehnung“ der LINKEN als erfolgreich bezeichnet. Das ist doch ein Grund, sich einmal zu freuen!

Künftig werden sich SPD, CDU, FDP und Grüne in vier weiteren Landtagen mit einer lauten Stimme der sozialen Gerechtigkeit auseinander setzen müssen. Dieses Szenario löst bei ihnen panik-ähnliche Reaktionen aus. Die CDU greift in die rhetorische Kiste der „Rote Socken“ – Kampagne und vermutet hinter jeder Äußerung der SPD zur LINKEN eine Rot-Rote Koalition. Die Sozialdemokraten hingegen suchen immer noch den richtigen Umgang mit uns, wollen uns auf keinen Fall offiziell im Boot haben, aber trotzdem gerne mit unserer Hilfe an die Macht. Dass DIE LINKE inhaltlich wirkt, haben SPD und Grüne bereits mit ihren Hartz-IV-Distanzierungen gezeigt. Wir vertreten in vielen Themen Mehrheitspositionen der Menschen im Land und darauf reagieren die anderen Parteien. Das ist normal in einem Parteienwettbewerb. Das Angebot folgt der Nachfrage und die Nachfrage der Bevölkerung steht zurzeit auf soziale Gerechtigkeit. Diese Anliegen vertritt DIE LINKE am glaubwürdigsten.

Auch bei uns in Brandenburg zeigt DIE LINKE Wirkung. Machtvoll haben mehr als 20.000 Menschen die Volksinitiative für ein Sozialticket unterstützt. Das hat sogar Matthias Platzeck zum Umdenken bewogen. Die SPD ist jetzt doch für ein Sozialticket (nachdem Anträge von uns im Landtag abgelehnt wurden). Letztes Jahr haben SPD und CDU ein fürchterliches Schulgesetz beschlossen, welches zu Schulschließungen zwingt. DIE LINKE hat das von Beginn an kritisiert und Alternativen vorgeschlagen. Aber erst jetzt entdeckt die große Koalition, dass Schulschließungen dem Land und den Menschen schaden und handelt nun gegen das eigene Schulgesetz. Jesus hat früher Blinde wieder sehend gemacht – DIE LINKE ist kein Messias, aber unser politischer Druck zeigt Reaktion.



Peer Jürgens, Erkner, Mitglied des Landtages Brandenburg

Aber Druck muss permanent sein. Wenn SPD und CDU sich jetzt „unsere“ Themen „klauen“, dann dürfen wir nicht in der Ecke schmollen. Zum einen gilt es bei den Bürgerinnen und Bürger immer wieder auf die Scheinheiligkeit der anderen Parteien hinzuweisen. Und wenn der Wandel ehrlich ist – umso besser: was können wir gegen linke Strömungen in anderen Parteien haben? Zum zweiten gilt es, sie mit neuen Forderungen weiter vor uns her zu treiben. Wir forderten Mindestlohn – jetzt will das auch die SPD. Wir forderten ein Sozialticket – jetzt will das auch die SPD. Jede weitere Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, die wir kraftvoll artikulieren, wird ihre Wirkung entfalten. Mit den vier neuen Landtagsfraktionen der Partei DIE LINKE werden die Forderungen nur noch stärker. Wir sind die Akteure, lasst uns kraftvoll weitermachen!

Wer darf sich an Volksinitiativen beteiligen?

Zu einem „Verfassungskommentar“ des Herrn Ness

Als ich heute die Zeitung aufschlug, fiel mir eine Überschrift ins Auge. „SPD-Generalsekretär kritisiert LINKE wegen Volksinitiativen“, stand über einem Bericht zum bevorstehenden Start des Volksbegehrens für ein Brandenburger Sozialticket. Auf den Seiten des SPD-Landesvorstandes wurde ich dann über die „Argumente“ von Herrn Ness aufgeklärt:

„Wir können in Brandenburg mit Recht stolz darauf sein, dass wir das Instrument der Volksinitiative in unserer Landesverfassung verankert haben“, erklärte mir zunächst der Generalsekretär. Dann kam es noch *dicker:* Die Volksgesetzgebung sei von den Verfassungsvätern und -müttern im Land Brandenburg als ein Instrument gedacht gewesen, „um Bürgern und außerparlamentarischen Initiativen die Möglichkeit zu geben, ihre Themen in die parlamentarischen Beratungen einfließen zu lassen, wenn sie der Meinung sind, dass ihre Themen weder von den Regierungs- noch den Oppositionsfraktionen gehört noch aufgenommen werden.“

Eine nicht nur merkwürdige sondern geradezu falsche Auslegung einer zentralen Bestimmung unserer Landesverfassung. Denn was würde denn diese von einem Diplom-Pädagogen vorgelegte Interpretation im Klartext bedeuten?

Wenn die linke Opposition im Landtag ein Anliegen der Brandenburgerinnen und Brandenburger aufnimmt, dem dann aber der „Segen“ der Koalition verwehrt bleibt, darf es in Brandenburg dazu keine Volksinitiative mehr geben. Einfach absurd ist das!

Volksgesetzgebung in Brandenburg war 1991/92 wirklich anders gedacht, wenn ich mir diese Bemerkung als eine der Brandenburger „Verfassungsmütter“ erlauben darf. Mit Hilfe von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollten die Regierenden auf Probleme gestoßen werden, die in ihrer Politik bisher unberücksichtigt geblieben waren. Es sollte außerparlamentarisch Druck erzeugt werden, damit Volkes Wille den Weg in die Gesetzesnorm findet. Dafür wurde ein praktikables Instrumentarium geschaffen - zum Teil auch gegen den Widerstand der SPD. Vieles in unserer Verfassung und dem später beschlossenen Volksabstimmungsgesetz wäre heute bürgerfreundlicher, wenn sich die stärkste Landtagsfraktion damals nicht so sehr dagegen gestemmt hätte.

Noch wichtiger ist: Nicht DIE LINKE sondern die SPD – seit 1990 in Brandenburg ununterbrochen in Regierungsverantwortung – diskreditiert das Instrument der Volksinitiative seit Jahren regelmäßig. Dadurch, dass sie fast alle der bisher knapp 20 Brandenburger Volksinitiativen im Landtag ablehnte. Die Volksinitiative für einen Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kita-Platz, die im Jahr 2000 innerhalb kürzester Zeit rund 150000 Unterschriften gegen die Einschränkung des Rechtsanspruches sammelte, erklärte man für unzulässig. Heute steigt den SPD-Genossen nicht einmal die Schamesröte ins Gesicht, wenn sie sich selbst zur teilweisen Rücknahme der damaligen Kürzungen „gratulieren“.

Nachdem wiederholte Versuche der linken Opposition, im Landtag ein Sozialticket durchzusetzen, gescheitert sind, haben wir alles Recht der Welt, unseren Beitrag zu einem breitem außerparlamentarischen Druck auf die Regierung zu leisten. Wir nehmen dabei – wie auch alle anderen Unterstützerinnen und Unterstützer der Volksinitiative – ein durch die Landesverfassung verbrieftes Recht wahr. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger!

Gerlinde Stobrawa

Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags

Mitglied des Landtages seit 1990

Europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

ehrenamtliche Bürgermeisterin in Bad Saarow

Wahlkreisbüro:
Ulmenstraße 15
15526 Bad Saarow
Telefon:
(03 36 31) 86 86 18
Fax:
(03 36 31) 86 86 19
E-Mail:
gerlinde.stobrawa
@bad-saarow.de

Brandenburger SPD erkennt ihr soziales Gewissen

Heute so – morgen so

Auch die SPD hängt ihr Fähnlein des öfteren in den Wind. Der aktuellste Fall betrifft das Sozialticket. Eine entsprechende Volksinitiative zur Einführung eines solchen Fahrscheins für sozial Bedürftige, welche u. a. von der LINKEN, den GRÜNEN, dem paritätischen Wohlfahrtsverband und anderen getragen wurde, haben weit über 20000 Menschen unterstützt. Laut einer Umfrage finden über ⅔ der Brandenburger die Idee gut.

Die SPD hat die Volksinitiative und das Sozialticket abgelehnt. Mehrfach. Sie wollten im Haushalt kein Geld einstellen und die Initiative wurde im Landtag abgelehnt. Schon wenige Wochen später beschließt der SPD-Landesvorstand die Einführung eines Sozialtickets. Finanzierbar „im Rahmen des Haushaltsvollzuges“, wie Minister Dellmann heute im Landtag mittteilte.

Das Sozialticket der SPD soll am 1. September 2008 starten – drei Wochen vor den Kommunalwahlen. Ein Schelm, wer „gutes“ dabei denkt!

www.peer-juergens.de, 27. 2. 2008

Wir sind drin! Sie auch?

Jetzt Mitglied werden!
Telefon 030/24 009 555 oder
im Internet unter
http://mitglied.die-linke.de

DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Dietmar Bartsch

Fragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag an die Koalition

Öffentliche Debatte statt Nebelwerferei

Mit dem Ende des Winters geht der Krieg in Afghanistan in eine neue Runde: Geheimdienstkreise raunen seit Monaten von einer bevorstehenden Frühjahrsoffensive, und nach dem Willen der NATO sollen deutsche Soldaten bei deren Abwehr ganz vorne mit dabei sein: Ein schlagkräftiger Kampfverband als „Schnelle Eingreiftruppe“ (Quick Reaction Force, QRF) steht auf dem Wunschzettel, viel mehr Soldaten als bisher und die Zustimmung zum Einsatz in den umkämpften Gebieten Südafghanistans.

Der zunächst laut verkündete Widerstand der Bundesregierung entpuppt sich zunehmend als Schimäre: Die QRF wurde zügig durchgepaukt und soll schon im Sommer in den Krieg ziehen. Die zusätzlichen Soldaten hingegen liefern Stoff für allerlei Scheindebatten, Nebelwerferei und sachfremde Erwägungen: Spitzenpolitiker der Regierung oder der Regierungstragenden Parteien äußern sich hier verhaltener und auch widersprüchlicher als im Fall QRF – schließlich hat die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich bereits dagegen ausgesprochen. Also redet man über Bündnissolidarität, über die Gefahr eines Auseinanderbrechens der NATO und darüber, mit welchen Tricks sich am besten vermeiden lasse, dass die Bundestagswahl 2009 zu einer Abstimmung über deutsches Engagement im Afghanistan-Krieg werden wird.

Dass auch diese Mandatsausweitung kommen wird, zeigen die Testballons, die aus der zweiten Reihe aufsteigen: Da werden Aufstockungen in abenteuerlichen Größenordnungen ventiliert, der Marsch nach Südafghanistan oder die Erweiterung des deutschen Verantwortungsgebietes nach Westen.

Mit dieser Mischung aus Vorstoß und Beschwichtigung, aus wahlpolitischer Taktiererei und NATO-Solidaritätsbekundung hält die Bundesregierung die Medienlandschaft in Atem.

Unbequemen Fragen fallen unter den Tisch

Warum bis heute keine Evaluation des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan vorliegt, ob die Bundeswehr sich an gezielten Tötungen beteiligt, mit welchen Kriegsverbrechern sie sich aus welchen Gründen verbündet hat, wie viele zivile Opfer die Kampfeinsätze der Bundeswehr gefordert haben und ob das verbissene Festhalten an der Idee, alle Gegner umzubringen, einem demokratischen Staat tatsächlich würdig ist.

Diese Fragen stellt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag seit langem. Spätestens mit der Diskussion über die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ist der Zeitpunkt gekommen, diese Fragen in die Gesellschaft zu tragen. Es ist Zeit, eine öffentliche Debatte zu erzwingen, die angesichts des dramatischen Scheiterns der bisherigen militärgestützten Afghanistan-Strategie in einer einhelligen und eindeutigen Abzugsforderung münden wird.

Lothar Bisky, MdB, Vorsitzender der Partei DIE LINKE. und Parteivorsitzender der Europäischen Linken,
Paul Schäfer, MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Das JA und NEIN im Bundestag, diesmal von MdB Jörg Vogelsänger

14. 2. 2008	**Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Kinderprodukte und -dienstleistungen auf 7 Prozent**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (wie alle SPD-Abgeordneten)
14. 12. 2007	**Rentenabschläge für Langzeitarbeitlose verhindern**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (wie alle SPD-Abgeordneten)
16. 11. 2007	**Maßlose Vorstandsgehälter eindämmen**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (wie alle SPD-Abgeordneten)
8. 11. 2007	**Entfernungspauschale vollständig anerkennen**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (wie alle SPD-Abgeordneten)
14. 6.2007	**Deutschland braucht Mindestlöhne**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (1 SPD-Abgeordneter dafür)
9. 3. 2007	**Entsendung von Bundeswehr-Tornados nach Afghanistan**	Antrag der Bundesregierung	**dafür** (69 SPD-Abg. dagegen, 2 Enth.)
9. 3. 2007	**Rente mit 67**	Gesetzentwurf der Bundesregierung	**dafür** (11 SPD-Abg. dagegen, 4 Enth.)
1. 6. 2006	**Mindestlohnregelung einführen**	Antrag der Fraktion DIE LINKE	**dagegen** (1 SPD-Abg. dafür, 1 Enth.)

ausweislich Protokolle Bundestag, Quellen: www.bundestag.de, www.linksfraktion.de/namentliche_abstimmungen.php

Debatte um Beeskows Zukunftspotentiale geht weiter

Mittelstand und Wirtschaft fördern, geht nur gemeinsam

„Wir können nicht länger ohnmächtig zuschauen, wir müssen etwas tun!“ So fassten in der Februarnummer des „WIDERSPRUCH“ Dr. Wolfgang Lange und Edelgard Liebscher zusammen, was die Beeskower LINKEN angesichts der Tatsache empfinden, dass der „Aufschwung“ um ihre Stadt offensichtlich einen Bogen schlägt. Sie wollen deshalb trotz der Anlaufschwierigkeiten mit allen interessierten Kräften weiter nach Möglichkeiten regionaler Wirtschaftsentwicklung suchen.

Anfang Februar fand sich zu diesem Zweck eine zweite Gesprächsrunde im Beeskower Wahlkreisbüro von Lothar Bisky zusammen – und der Gastgeber war selbst auch dabei.

Schmerzlich vermisst wurden dagegen von Bürgermeister Fritz Taschenberger, von der Fraktionschefin der LINKEN im Stadtparlament, Dr. Karin Niederstraßer, von Rüdiger Rietzel, dem Leiter Regionale Planungsstelle in der Planungsgemeinschaft Oderland Spree, und von dem Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach wieder Mittelstands- und Wirtschaftsförderverein der Stadt. Denn eines war in der Runde unbestritten: Regionale Wirtschaftspotentiale zu entdecken und zu nutzen bedarf der Zusammenarbeit, effektiver Netzwerke. Der bislang praktizierte Egoismus bringt nicht weiter.

Dass Beeskow dank der Glunz-Werke ein Branchenschwerpunkt für Holz ist, könnte eine Kooperation mit Holzfachleuten wie der Eberswalder Fachhochschule befördern, die Entwicklungen in Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde müssten studiert werden, um möglicherweise mit eigenen Projekten anzudocken, auch die touristische Vernetzung der Region könnte Beeskow weiter bringen.

Die Kreisstadt von Oder-Spree hat zweifellos ihre guten Seiten, auf die der Bürgermeister zu recht stolz ist. Eine lebendige geschäftige Innenstadt, kulturelle und sportliche Angebote und die Nähe zur Natur sollten, da ist sich die Runde einig, erhalten und ausgebaut werden. „Schöner wohnen in Beeskow“ könnte der Slogan der Zukunft sein, um die schwindende Einwohnerzahl zu stoppen und auch auf das Umland auszustrahlen. Keine Zeit ist also zu verlieren, um das selbstbewusste Standortmarketing, das Dr. Lange vorgeschlagen hat, bundesweit anzugehen: das Porträt einer liebens- und lebenswerten Stadt, für das z. B.auch die Ideen junger Menschen der Europa-Universität Viadrina einfließen könnten. Und die der Filmleute. „Eine Serie im Fernsehen wäre doch Gold wert“, schlägt Lothar Bisky vor.

Wohin mit unserer Stadt? Die Debatte darum muss weitergehen. Dr. Karin Niederstraßer plädiert für eine fraktionsübergreifende Runde, in die natürlich Mittelstandsverein und Wirtschaftsförderverein einbezogen sein müssen. Sie schlägt vor, in einem kompetenten Kreis eine Analyse mit Schwerpunkt Wirtschaft und die Eckpfeiler einer Marketing-Strategie zu entwickeln, die dann dem Stadtparlament zur Diskussion vorgetragen werden können.

Die Beeskower LINKEN jedenfalls werden nach dem Anstoß einer solchen Debatte am Ball bleiben.

Anni Geisler, Beeskow

(siehe auch WIDERSPRUCH Februar 2008)

DIE LINKE Oder-Spree

Geschäftsstelle Beeskow

Mauerstraße 27
15848 Beeskow

Tel./Fax:
(0 33 66) 2 02 02

Internet:
www.linke-beeskow.de

E-Mail:
E.Liebscher@web.de

Geschäftszeit:
Di. 15–18 Uhr
Do. 10–12 Uhr
Fr. 9–15 Uhr

Frauenpolitik

Her mit dem Feiertag

Den 8. März erst für Hamburg und dann bundesweit zum offiziellen Feiertag zu machen, das fordern die ver.di-Frauen in Hamburg

Kersten Artus, Vorsitzende des Konzernbetriebsrats beim Bauer-Verlag, sagt: „Wir wollen frauenpolitische Themen wieder mehr in den Mittelpunkt rücken, auf möglichst freche Art.“

Die Idee: Machen wir doch aus dem 8. März einen offiziellen Feiertag, zuerst in Hamburg, dann überall im Land. Vergessen wir ihn nicht; werten wir ihn vielmehr auf, denn wir brauchen ihn. Am 8. März dieses Jahres marschieren die Frauen in Hamburg zum Rathaus und überreichen dort ihren Entwurf für die Novellierung des Landesfeiertagsgesetzes. Damit wollen sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen: nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, nach einem wirklichen Acht-Stunden-Tag (statt des 16-Stunden-Tages einschließlich Haushalts- und Erziehungsarbeit) und nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der in vielen Branchen vor allem Frauen zugute kommen würde.

Hamburg soll den Anfang machen

Anlass für die Hamburger ver.di-Frauen, jetzt ihre Idee zu verbreiten, war die Bürgerschaftswahl am 24. Februar. Sie haben für alle Parteien, die sich bewerben, Wahlprüfsteine formuliert. Darin fordern sie unter anderem mehr arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen, eine Landesbeauftragte zur Durchsetzung der Gleichberechtigung, ein Gleichstellungsgesetz, das auch für die Privatwirtschaft gilt, und Ganztagseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen.

Infos unter:
www.frauen.hamburg.verdi.de

aus „ver.di Publik“, 01.02/2008

Monika Krüger
Neu Zittau
Dipl.-Mathematikerin
E-Mail:
moni.krueger@t-online.de

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Mitglied des Kreisausschusses, Mitglied des Werksausschusses

Aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Kein Zwanganschluss von Kleingärten und Freiberuflern an die Abfallentsorgung

In der Kreistagssitzung am 6. Februar 2008 standen erneut Entscheidungen zu Änderungen der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises auf der Tagesordnung. Unsere Fraktion DIE LINKE hatte zu beiden Satzungen umfängliche Änderungsanträge eingebracht. Die Begründung für unsere Anträge habe ich mit folgenden Ausführungen vorgenommen (Auszug; der vollständige Beitrag kann auf der Internetseite der LINKEN im LOS *www.linke-oder-spree.de* nachgelesen werden).

Zu den heute zur Beschlussfassung vorliegenden Satzungen zur Abfallentsorgung sieht unsere Fraktion DIE LINKE Änderungsbedarf hinsichtlich einiger Schwerpunke. Das sind vor allem folgende:

Anschlusszwang für Gartengrundstücke nach Bundeskleingartengesetz

Wir beantragen, diesen Anschlusszwang und die daraus resultierenden Gebühren und weiteren Regelungen zu streichen.

Es gibt *keinen sachlichen Grund* für den Anschlusszwang, da in den vergangenen Jahren weder eine „Vermüllung" der in der Nähe von Kleingartenanlagen befindlichen Gebiete zu verzeichnen war – die Mengen an herrenlosem Abfall sind vielmehr konstant rückläufig- , noch war eine nachweisliche Mehrbelastung anderer Anschlusspflichtiger feststellbar.

Vielmehr haben verschiedene Kleingartenvereine eigenverantwortlich die Entsorgung von Abfällen aus ihren Anlagen bedarfsgerecht mit dem KWU geregelt.

Es gibt *keinen wirtschaftlichen Grund* für den Anschlusszwang. Die Höhe der erzielbaren Einnahmen steht in keiner Relation zum Gesamtumsatz des KWU und zu den sich naturgemäß aus Kalkulationsunsicherheiten – vor allem bei einer 2jährigen Laufzeit der Kalkulation – tatsächlich eintretenden Abweichungen bei den Betriebsergebnissen des Unternehmens.

Das soll heißen: Die erzielbaren Einnahmen aus den Gebühren für Kleingartenanlagen beeinflussen das Betriebsergebnis des KWU nur marginal, vor allem dann, wenn man gleichzeitig auch noch die entstehenden und bisher noch nicht bewerteten Mehrkosten im Unternehmen gegenrechnet.

Es gibt aber *einen politischen Grund*, die von uns vorgeschlagenen Änderungen als Gestaltungswillen des Kreistages vor allem im Hinblick auf die derzeitigen und zukünftigen wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Entwicklungen in unserer Region umzusetzen.

Kleingärten – zum Wohle der Bürger

Die Kleingärten bei uns im Landkreis werden vornehmlich von Menschen genutzt, die nicht zu den Wohlhabenden gehören. Viele von ihnen sind bereits im Ruhestand, nicht wenige gehören zu Geringverdienern und/oder Beziehern von Leistungen nach Hartz IV. Nutzer sind ebenfalls häufig Familien mit Kindern. Fast immer sind die Nutzer von Kleingärten auch Mieter von Wohnungsunternehmen im Landkreis. Als solche sind sie in der Regel bei der Höhe der von ihnen über die Betriebskosten zu zahlenden Abfallgebühren benachteiligt gegenüber den Besitzern/Nutzern von Eigenheimen. Dazu später noch zwei Sätze.

Das alles sind Bürgerinnen und Bürger, deren Perspektiven angesichts der gesamtpolitischen Rahmensetzungen keinen großen Optimismus erwarten lassen. Ich will da exemplarisch nur auf das Thema wachsende Altersarmut hinweisen. Die Auswirkungen auf den Fortbestand und die Nutzung der vorhandenen Kleingartenanlagen haben wir in den zahlreichen Beratungen des vergangenen Jahres mehrfach anschaulich dargelegt bekommen. Wir sollten also mit der heutigen Beschlussfassung auch ein politisches Zeichen dahingehend setzen, dass wir im Landkreis den Entwicklungen nicht tatenlos zusehen, sondern eigenen Gestaltungswillen dokumentieren.

Undifferenzierter Anschlusszwang für Freiberufler

Wir beantragen, den Anschlusszwang nicht auf wirtschaftlich nicht selbständige Einheiten auszudehnen, die ihre Tätigkeit in *Mietwohnungen* mit Einverständnis der Vermieters ausüben.

Freiberufler, die ihre Tätigkeit – gegebenenfalls auch mit weiteren Beschäftigten – in gemieteten Gewerberäumen ausüben, sind bereits mit der bisherigen Satzung anschluss- und gebührenpflichtig (über den Vermieter). Hierfür bedarf es also keiner weiteren Regelung. Das betrifft z.B. Arzt-Praxen, Steuerberater, Architekten, Krankengymnasten usw. – die Liste der in Frage kommenden freien Berufe ist lang.

Es gibt aber auch freie Berufe, die ihre Tätigkeit in der Wohnung ausüben und bei denen kein signifikanter Abfall aus der freiberuflichen Tätigkeit über den aus dem Haushalt anfallenden Abfall hinaus anfällt. Beispiele sind z.B. Journalisten, Dolmetscher, Lotse, Schriftsteller.

Sofern sich aus dieser Tätigkeit für den Vermieter keine Beeinträchtigung des Mietzweckes der Wohnung ergibt – das könnte z.B. auch ein erheblicher Mehranfall an Abfällen sein – ist ein Anschlusszwang aus Sicht unserer Fraktion nicht erforderlich. Man bedenke auch, dass außer dem Finanzamt eigentlich niemand Auskunft zu einer freiberuflichen Tätigkeit geben kann. Hier kann auch der Vermieter nicht in die Pflicht genommen werden.

Der mit dem vorliegenden Satzungsentwurf vorgeschlagene generelle, undifferenzierte Anschlusszwang für Freiberufler stellt wiederum auf Ermessensentscheidungen der Verwaltung ab.

Zum Abschluss sei noch auf die Benachteiligung der Mieter der Wohnungsunternehmen in Großwohnanlagen mit Großbehältern

gegenüber Besitzern /Nutzern von Ein- oder Zweifamilienhäusern mit eigenen kleinen Abfallbehältern hingewiesen.

Die bisher in der Gebührenkalkulation vorhandene Degression bei der auf Volumen bezogenen Gebühr ist nicht realistisch. Die Großbehälter weisen konstant eine geringere spezifische Masse als die Kleinbehälter auf. Da aber die Behandlungskosten in der RABA, die den größten Kostenfaktor in der Kalkulation darstellen, auf Masse und nicht Volumen berechnet werden, ergeben sich somit für die Mieter der Großwohnanlagen höhere auf die einzelnen Personen entfallende Abfallentsorgungskosten als bei Besitzern/Nutzern von Ein-und Zweifamilienhäusern mit kleinem Abfallbehälter. Hier bedarf es dringend der Nachsteuerung, die allerdings leider bedingt durch den vorgesehene 2-Jahres-Zeitraum der Gültigkeit der Satzung im besten Fall im Jahre 2010 zum Tragen kommen kann.

Unsere Fraktion DIE LINKE kann aus den dargelegten Gründen den vorliegenden Abfallsatzungen nicht zustimmen. Ich bitte vielmehr um Ihre Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

Monika Krüger

P.S. Alle Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE wurden von den Mehrheitsfraktionen SPD und CDU abgelehnt.

Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B–B)

Daseinsvorsorge entwickeln heißt Grundzentren sichern

Prof. Dr. Eva Böhm

Woltersdorf
Farb-und Einrichtungsberaterin im Ruhestand

Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Woltersdorf

Nach mehr als zehnjähriger Gültigkeit von Teilplänen zur Entwicklung der Region Berlin und Brandenburg sind jetzt neue vereinheitlichte Richtlinien für ihre Zukunftsperspektiven erarbeitet worden. Für „die Entwicklung der Hauptstadtregion“ sollen raumordnerische Rahmenbedingungen bereitgestellt werden. Das Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und die Prämisse „Stärken stärken“ fordern zur Klarstellung heraus: Kerstin Kaiser hat es auf den Punkt gebracht: Wir befürworten ein Zusammenwachsen. Wir sehen uns aber nicht als zentralisierte Metropolenregion mit Berlin in der Mitte und etwas Brandenburg darum herum.

Das alte Leitbild der „Dezentralen Konzentration“, eines gewollten Ausgleichs zwischen den unterschiedlich entwickelten Teilräumen Brandenburgs, brachte auf Grund einseitiger Förderung zwar piekfeine Straßen und Bürgersteige in die entlegensten Orte aber kaum Arbeitspätze und damit Zukunftsgewißheit für die Jungen .Es war in Potsdam bald als gescheitert verschrieen. Wohlgemerkt: nicht als untauglich gehandhabt, sondern angeblich als entwicklungspolitisch falsch!

Das Ablöseprinzip „Stärken stärken“ kann aber auch nur funktionieren, wenn die Vielgestaltigkeit der Brandenburger Regionen als Entwicklungschance begriffen wird. Jedes Über-einen-Kamm-Scheren zerstört Potential, anstatt es fruchtbar zu machen. Identitätsstiftung ermöglichen, das Handeln der Menschen, die den oft schwierigen Bedingungen ihre Energie und ihre Ideen entgegensetzen, gleichberechtigte Entwicklungschancen eröffnen, das hieße Stärken stärken. Eine solche Sicht verlangt eine solidarische Politik, für die Arbeit in Würde und gerechte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben die wichtigsten Ziele sind und die Daseinsvorsorge für alle und überall sichert und nicht einem wachsenden Effizienzdruck und Monopolenwahn zum Opfer fallen läßt.

Demokratiedefizite

Ein Blick auf die Art und Weise, wie der Landesentwicklungsplan Berlin–Brandenburg zustande gekommen ist, verheißt nichts Gutes: Eine seiner Grundlagen sind Festlegungen von 1995, die wenig mit den realen Entwicklungsprozessen zu tun haben. Pläne und Entwürfe der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree für unseren Raum werden zu Makulatur. In den Planungseinführungen heißt es: Ziele und Grundsätze des LEP B–B „verdrängen entgegenstehende Ziele und Grundsätze des Regionalplanes“, soweit diese noch nicht an den neuen, höherrangigen Plan „angepaßt“ sind. Die Ministerkonferenz für Raumordnung der Länder hat 2006 einen Beschluß für die Raumentwicklung in Deutschland mit drei strategischen Leitbildern gefaßt. Das zweite heißt:

Daseinsvorsorge sichern (!)

Im LEP (B–B) wird daraus: Daseinsvorsorge räumlich ordnen (!) Infrastrukturentwicklung soll ausschließlich auf räumliche Schwerpunkte ausgerichtet werden. Das bedeutet konkret: Das Zentrale-Orte-System, das bisher Ober-, Mittel-, Grund- bzw. Kleinzentren sowie „Selbstversorgerorte“ auswies, soll nur noch – wider alle Logik – aus Ober- und Mittelzentren bestehen. Der Status der Grundzentren wurde schlicht „entsorgt“. Es sind aber die vielen kleineren Orte und Landstädte, die erst das Netzwerk für eine Daseinsvorsorge, die den Namen wirklich verdient, schaffen, die differenzierte Funktionen für sich und das Umland wahrnehmen, sei es in der Bildung, der sozialen und medizinischen oder kulturellen Betreuung, in der Bereitstellung von Arbeits-und Lehrstellen. In welchen Orten ist denn der Tourismus häufig wichtigster Wirtschaftsfaktor? Nur in den wenigen Mittelzentren?

Es muß wieder eine weitere Strukturebene der Orte geschaffen werden, wie sie auch immer heißen mag – Grund- oder Kleinzentren – als wichtige Lebensmittelpunkte der ländlichen Entwicklung. Wenn die Aufgaben dieser Orte mißachtet und finanzielle Benachteiligungen selbstverständlich

werden, wird ihr Image beschädigt, sind Auswirkungen programmiert auf Schulentwicklung, ÖPNV, Kultur, medizinische Versorgung. Das Land muß nicht über flexible Bildungsangebote in den Nicht-Zentralen-Orten nachdenken oder über die Förderung eines der Altersstruktur entsprechenden ÖPNV. Das Alles trägt die Gefahr von „Schrumpfungen", wie es im Plan direkt genannt wird, in sich.

Schematismus, statt lebendige Entwicklung

Künftige Ansiedlungen sollen grundsätzlich den zentralen Orten, also vor allem den Mittelzentren zugute kommen. Damit das auch geschieht, werden für „Nicht-Zentrale-Orte", die nicht in einem sogenannten „Gestaltungsraum Siedlung" liegen, d. h. in einer festgelegten Nähe zu Verkehrstrassen, Beschränkungen formuliert. Außerhalb bestehender Bebauungspläne kann mit Stichjahr 2008 Bauland nur zur Deckung des Eigenbedarfs nach folgender Formel ausgewiesen werden: 0,5 ha pro 1000 Einwohner in 10 Jahren. Das sind bei 2000 Einwohnern 1 ha und damit in Wohnungen oder Einfamilienhäusern etwa 35 Einwohner an Zuwachs in 10 Jahren. Das mag sich jeder für seinen Ort selbst durchrechnen und die Konsequenzen überdenken. Ein Entwicklungsplan, der die vorhandenen und durch engagierte Menschen entstehenden Potenzen sorgfältig berücksichtiget, sieht jedenfalls differenzierter aus.

Der beklagte Schematismus zeigt sich auch in der Einordnung des Berliner Umlandes. Das Zentrale-Orte-System ist hier, wo fast alle Gemeinden für sich selbst, für das Umland und für Berlin bestimmte Aufgaben übernehmen, absolut ungeeignet. Hier müssen neue Formen der Strukturbildung und Förderung gefunden werden. Stattdessen wird der Aufschrei der kommunalen Verantwortungträger, die gewillt waren, solche Ideen zu entwickeln , durch das alte Prinzip von „teile und herrsche" (durch die schnelle Einstufung von wenigen Orten zu Mittelzentren) zum Verstummen gebracht.

Fazit: Nachhaltige Raumordnung verlangt, daß an der Planung unter gleichberechtigter Einbeziehung der Kommunen und ihrer Vertreter, Planungsgmeinschaften und Verbände intensiv weitergearbeitet werden muß, wenn für die Bevölkerung ein sichtbarer Entwicklungsschub eingeleitet werden soll.

Prof. Eva Böhm, Woltersdorf
Mitglied im Ausschuß für Bauen, Wirtschaft und Verkehr des Kreistages LOS und in der Regionalen Planungsgemeinschaft

Kommunalwahl 2008 – zwei LINKE kandidieren

Rudi Schmidt

Rudi Schmidt

Eisenhüttenstadt
Dipl.-Ing., Rentner

stellvertretender Vorsitzender des Kreistages Oder-Spree, Mitglied der Fraktion DIE LINKE

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt, Mitglied der Fraktion DIE LINKE

Mit Bildung des Landkreises Oder-Spree vor fast 15 Jahren bin ich mit der Motivation angetreten, dass wir als Partei (damals PDS) mit einem hohen prozentual en Anteil im Kreistag vertreten ssein sollten. Da ich seit der ersten Wahlperiode (1990) in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Eisenhüttenstadt vertreten war, hatte ich bereits Erfahrung einzubringen. Aus der Wirtschaft kommend, war mein Hauptinteresse, die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis mit zu beeinflussen. In der SVV hatte ich von Anfang an im Ausschuss für Wirtschaftsförderung gewirkt und so dann auch im Kreistag LOS.

Im Verlaufe der Jahre gab es auf diesem Gebiet Parallelen zu Eisenhüttenstadt im Kampf um die Erhaltung der Betriebe egal welcher Größe sowie deren Stabilisierung.

Als nunmehr Vorsitzender der SVV Eisenhüttenstadt war bisher mein Einfluss zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region stets gegeben. Dass sich in Eisenhüttenstadt gegenwärtig eine gute wirtschaftliche Stabilisierung vollzieht ist an Beispielen allgemein bekannt.

Einen direkten Einfluss habe ich stets auf die Erhaltung und weiteren Stabilisierung des Oberstufenzentrums in Eisenhüttenstadt genommen. Mir geht es darum, dass technisch gut ausgebildete Jugendliche für die Wirtschaft in unserer Region vorbereitet werden.

Als Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse konnte ich mit Einfluss nehmen auf die Vergabe der von Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen beantragten Kredite und der Entwicklung der Sparkasse überhaupt. Insbesondere so auf die vollzogene Fusion der Sparkassen Oder-Spree und Frankfurt (Oder).

Als Mitglied im Polizeibeirat des Präsidiums Frankfurt (Oder) konnte ich mit allen Aufgaben und Problemen der Fachbereiche der Polizei vertraut gemacht werden. So wurden in fast allen Schutzbereichen Beratungen durchgeführt, so in Prenzlau, Bernau, Königswursterhausen, Cottbus, Calau oder Gransee.

Seit Bildung des Landkreises Oder-Spree bin ich Stellvertreter des bzw. der Vorsitzenden des Kreistages. So konnte ich in dieser Funktion und als Vorsitzender der SVV in Eisenhüttenstadt zur Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen. Seit Beginn der Arbeit des Landkreises gab es viele Probleme und Befindlichkeiten zwischen den Verwaltungen von Eisenhüttenstadt und dem Landkreis Oder-Spree zu klären und zu gegenseitigem Nutzen abzubauen.

Eine unmittelbare Verbindung von Stadt und Kreis ergibt sich für mich weiterhin als Mitglied des Aufsichtsrates Verkehrslandeplatz Eisenhüttenstadt–Frankfurt (Oder), wo der Kreis Miteigentümer ist. Zunehmend ist zu spüren, dass Investoren daran interessiert sind und damit eine Zukunft des Flugplatzes gesichert werden kann.

Nach reiflicher Überlegung und Abstimmung in beiden Fraktionen sowie in meiner Basisorganisation habe ich mich entschieden noch einmal in der Stadt und auch im Kreis als Kommunalabgeordneter für DIE LINKE zu kandidieren. In der laufenden Arbeit haben noch viele Fragen und Probleme Klärungsbedarf, die zu bewältigen sind, die weiter begleitet und beachtet werden müssen. Mir ist vor allem wichtig, dass keine Erfahrungen verloren gehen dürfen um weiter Einfluss zum Wohle der Bürger ausüben zu können.

Anja Schmidt

Bereits zwei Jahre war ich als Sachkundige Einwohnerin für den Kinder- und Jugendausschuss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Eisenhüttenstadt tätig, als ich gefragt wurde, ob ich bereit wäre bei den Kommunalwahlen 2003 für die SVV Eisenhüttenstadt und für den Kreistag LOS zu kandidieren. Ich sagte sofort zu. Als Sachkundige Einwohnerin konnte ich lediglich beratend zur Seite stehen, jedoch an den Abstimmungen nicht teilnehmen und demzufolge keinen direkten Einfluss auf die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Eisenhüttenstadt nehmen. Ich kandidierte im Wahlkreis 3 der Stadt Eisenhüttenstadt als Spitzenkandidatin und gewann diesen Wahlkreis.

Ich war und bin der Meinung das Kinder und auch Jugendliche von der Kommunalpolitik profitieren und in sie eingebunden werden sollten.

In den letzten fünf Jahren habe ich mich aktiv für die Belange, Sorgen und Probleme Rund um das Thema Kinder und Jugend eingesetzt. Ich habe mich mit dem Jugendschutz befasst, welcher in Diskotheken und Lokalen der Stadt teilweise nicht richtig eingehalten wurde, wobei mittlerweile eine deutliche Verbesserung eingetreten ist. Im Ausschuss für Kinder, Jugend und Schulen habe ich mich dafür eingesetzt, den Standart bei Schulen und Kindertagestätten zu halten. Ich habe mir die Schaffung und der Erhalt von Lebensqualität für Kinder und Jugendliche zur Aufgabe gemacht.

Ich habe mich im Aufsichtsrat der Eisenhüttenstadt Gebäudewirtschaft GmbH engagiert, speziell zum Thema Stadtumbau und der wirtschaftlichen Entwicklung des Kommunalen Unternehmens. Gerade der Umgang mit den schon älteren Bürgern beim Umzugsmanagement habe ich kritisiert, da eine allgemeine Verunsicherung durch die ausgegebenen und mehr als fragwürdigen Fragebögen aufkam. Mittlerweile wurden die noch nicht umgezogenen Mieter nochmals und auch freundlicher angeschrieben. Gleichfalls sprach ich die zum Teil zu hohen Mieten der sanierten Wohnungen in der Stadt an.

Nach dem Ausscheiden eines Abgeordneten trat ich Mitte 2006 das Mandat im Kreistag LOS an. Seitdem bin ich Mitglied im Ausschuss für Recht, Ordnung und Landwirtschaft. Ich arbeitete mich in die Themen Ausbildung der Feuerwehr (Landesfeuerwehrschule), Tätigkeit der Polizei sowie Belange der Landwirtschaft ein.

Nach der Geburt meines Sohnes vergangenen Jahres bekam ich Kontakt speziell zur Bundeselterngeldstelle im Jugendamt des Landkreises Oder-Spree. Dabei stellte ich Probleme in der Bearbeitung der Elterngeldanträge fest, welche ich offen in der letzten Kreistagssitzung kritisiert habe. Zu lange Bearbeitungszeiten, bei denen gerade auch allein stehende Mütter Probleme haben, zwei Monate ohne Geld zu überbrücken, Falschaussagen und teilweise Unfreundlichkeit bei den Bearbeiterinnen. Um mehr Zuverlässigkeit gewährleisten zu können, wurde nun eine dritte Bearbeiterin in die Bundeselterngeldstelle versetzt. Es ist abzuwarten und zu gegebener Zeit nachzufragen, ob die Bearbeitung eine bessere Qualität erreicht hat.

Um mich auch weiterhin auf diesem und anderen Gebieten als Abgeordnete einbringen zu können und mich auf kreislicher Ebene weiter zu engagieren folge ich sehr gern der Bitte der Fraktion im Kreistag Oder-Spree und kandidiere in den Kommunalwahlen diesen Jahres wieder für die Fraktion DIE LINKE.

Anja Schmidt

Eisenhüttenstadt
Industriekauffrau

Mitglied
der Fraktion
DIE LINKE
im Kreistag
Oder-Spree

Mitglied
der Fraktion
DIE LINKE in der
Stadtverordneten-
versammlung
Eisenhüttenstadt

DIE LINKE wächst

Die für das Jahr 2007 angegebenen Zahlen sind vorläufige Zahlen und können sich noch (geringfügig) ändern. Die positive Entwicklung hält auch 2008 an: In den ersten drei Wochen seit dem 27. Januar, dem Tag der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, traten allein in der Bundesgeschäftsstelle 506 Frauen und Männer in die Partei ein. Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft betrug Ende 2006 ca. 41 Prozent, Ende 2007 etwa 39 Prozent. Der Frauenanteil bei den Eintritten 2007 betrug 25,3 Prozent. Die Zahlen von 2006 ergeben sich aus einer Addition der Mitgliederzahlen der Linkspartei.PDS und der WASG zum Stichtag 31. Dezember 2006.

Mitgliederzahlen 2007

Bundesland	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2007	davon Frauen	Eintritte 2007	davon Frauen
Baden-Württemberg	1730	2212	501	532	117
Bayern	1654	2391	547	797	194
Berlin	9511	9161	4249	379	96
Brandenburg	9856	9376	4155	206	52
Bremen	359	453	124	103	33
Hamburg	815	996	226	287	73
Hessen	1587	2049	451	414	85
MV	6515	6047	2755	128	52
Niedersachsen	1978	2558	607	773	191
NRW	4126	5905	1352	1800	450
Rheinland-Pfalz	1035	1437	339	393	93
Saarland	1018	1963	557	946	234
Sachsen	14248	13280	6179	276	72
Sachsen-Anhalt	6521	6202	2853	135	39
Schleswig-Holstein	674	815	186	336	77
Thüringen	7481	7080	3100	220	77
Gesamt	69282	71925	28181	7570	1913

Über linke Bündnispolitik, antikommunistische Klischees, alte Rechnungen und echtes Aufregungspotenzial

Nicht Schlauheit, sondern Weisheit

Von **Ulrich Sander**
Der Autor lebt als Journalist und Publizist in Dortmund. 1961 trat er in die illegale KPD ein, 1968 war er Mitbegründer von DKP und SDAJ. Er ist einer der Bundessprecher der VVN-BdA und ihr Landessprecher in Nordrhein-Westfalen. Ulrich Sander veröffentlichte zahlreiche Bücher. Dieser Tage erscheint von ihm bei PapyRossa »Mörderisches Finale« über NS-Verbrechen bei Kriegsende.

Text: „Neues Deutschland“, 22.2.
Foto: www.arbeiterfotografie.com

Ich bin nun 66 Jahre alt. Und ich bin in der DKP und kam über die WASG in die LINKE. Kürzlich schlugen einige Genossen vor, ich sollte für die nordrhein-westfälische LINKE in den Ältestenrat der Partei gehen. Ich stimmte zu, sie meinten dann aber, es gehe nicht – man könne nicht in beiden Parteien sein.

Wenn ich mich entscheiden sollte: Ich bliebe in der DKP. Nicht wegen ihres Charmes, sondern wegen einer nicht unwichtigen Kleinigkeit: Die DKP gehört zur politischen Kultur unseres Landes; ohne legale DKP als Resultat von 1968 hätte es auch keine zugelassene PDS als Resultat von 1989 gegeben; dann wäre Schäuble vielleicht auf merkwürdige Ideen gekommen.

Die Situation verlangt Weisheit, nicht Schlauheit. Strategie, nicht Taktik … Nun lese ich in der „jungen welt“ und sicher auch in der nächsten „UZ“ wahre Huldigungen für Christel Wegner. Da kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Was geschehen ist, das ist ein Rückschlag für unsere Bündnispolitik. Christel Wegner hat reflexartig die DDR verteidigt. Wie es sich in der „Panorama“-Sendung anhörte, hat sie aber keine Fehler aus der Vergangenheit verteidigt, was schlimm genug wäre, sie hat ihre Wiederholung befürwortet. Und das Argument, sie habe eben einen Fehler gemacht, reicht mir nicht.

Vermutlich hat Christel Wegner gar keinen „Fehler“ gemacht, sondern gesagt, was sie denkt. Das entnahm man schon ihrem ersten Interview nach der Wahl in der UZ: Sie habe sich über ihre Wahl als DKP-Mitglied „diebisch“ gefreut … Ach, wie trickreich wir doch sind. Eine gewiss den Kommunisten sehr nahestehende Freundin aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes schrieb mir: „Leider hat insbesondere Christel Wegner so ziemlich jedes antikommunistische Klischee bestätigt. Dass eine Abgeordnete der Linken (halt eben nicht der DKP – die stand tatsächlich nicht zur Wahl) zum Besten gibt, dass ihr Programm ein anderes ist, finde ich unglaublich – so etwas schadet der Linken.“

Ich erinnere mich an einen Streit in der Dortmunder DKP, es war etwa 1990 … Wir wollten die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“.

Mit diesen Worten des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945 wurden die Fehler von vor 1933 korrigiert, ein Sowjetdeutschland zu verlangen und die demokratischen Rechte und Freiheiten der Weimarer Republik im antifaschistischen Kampf zu vernachlässigen. KPD und DKP fühlten sich dieser Programmatik von 1945 immer verpflichtet. Was da jetzt in „Panorama“ geäußert wurde, war nie die DKP-Position.

Nun werden in der LINKEN alte Rechnungen beglichen. Ex-SPD gegen Ex-DKP. Bundes- gegen Landesvorständler. Da sagt einer, Unsinn zu reden, dürfe in der LINKEN nicht geduldet werden – na, dann man weg mit dem Unsinn des Vorstandes.

Als ich als ganz junger illegaler KPD-Genosse in die Oster-marschleitung gesandt wurde, sagten die Pazifisten: Die Kommunisten wollen uns ausnutzen, sie sind nur ihrem Dogma, nicht dem gemeinsamen Ziel des Friedens verpflichtet. Wir konnten dagegen halten; alte Genossen, welche die Ostermarschroute schon auf Todesmärschen gegangen waren, überzeugten. Kürzlich erschien ein Buch von Andreas Buro über die Geschichte der Friedensbewegung. Darin stellen die Ostermarschbegründer Helga und Konrad Tempel fest, sie hätten damals zu viel Argwohn gegenüber den Kommunisten gehabt. Diese Erkenntnis hat mich gefreut. Nun bedeutet uns Christel Wegner: Das Programm der Bündnispartner interessiert mich wenig. Was soll das?

Wir wollen Sozialismus, keinen Reformismus, sagte Christel Wegner in der „Panorama“-Sendung. Früher haben wir mal Artikel verbreitet, in denen wir die Demagogie vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ geißelten, die Kurt Schu-macher betrieb. Heute hört es sich bei uns ähnlich an – als wolle die DKP den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen.

Ich finde, die Zeiten sind zu ernst, um solche Rechthabereien zu betreiben. Wir brauchen eine Abwehrfront gegen Rechts, gegen die Kriegstreiber und Schäuble-Notstandspolitiker. Die Stasi darf nicht auf die Agenda, richtig. Aber sprechen wir davon, dass das Reichssicherheitshauptamt schon wieder konzipiert ist? In Potsdam schufen Schäuble und Jung eine Antiterror-Behörde, die „erstmals seit der Nazizeit wieder Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten vereint“ („Süddeutsche Zeitung“). Bitte schön, hier ist echtes Aufregungspotenzial. Stemmen wir uns gegen solche Entwicklungen. Gemeinsam.

Kritischer Blick in die Vergangenheit – hoffnungsvolle Vision in die Zukunft

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der Bruch mit dem Stalinismus waren konstituierende Merkmale der Quellpartei PDS, die für uns auch in der neu entstandenen Partei DIE LINKE zu den programmatischen Grundlagen zählen. Die Vorstellungen von einem autoritären Staatssozialismus waren jedoch nicht nur Markenzeichen der SED und ihrer östlichen „Bruderparteien“. Sie existier(t)en in unterschiedlichen Spielarten auch im anderen Teil Deutschlands, ebenso wie sie in anderen Teilen der Welt zu finden sind. Der Umstand, dass manche ihrer AnhängerInnen deshalb Opfer staatlicher Repressionen wurden (wogegen wir aktiv kämpfen), befreit aber weder sie noch uns von der Notwendigkeit, die Lehren aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu ziehen. Wir sehen daher die Geschichtsdebatte der Quellpartei PDS nunmehr endgültig und ein für allemal auch im Westen angekommen. Wir meinen, dass sie unbedingt ein zentraler Gegenstand der vor uns liegenden Programmdebatte sein muss.

Unsere Partei DIE LINKE steht für einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess, der eine grundlegende Demokratisierung und die Entfaltung des emanzipatorischen Potenzials der Gesellschaft zum Gegenstand hat. Dabei steht nicht ein abstraktes „Großes und Ganzes“ im Mittelpunkt unserer Kämpfe – Anknüpfungspunkt eines solchen Veränderungsprozesses ist der einzelne Mensch und seine Würde, als soziales Individuum und als Citoyen. Wir bestehen darauf, dass soziale Rechte und demokratische Teilhabe aus demokratisch-sozialistischer Perspektive zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Genau wie umgekehrt die von uns bekämpften aktuellen Tendenzen zunehmender Entsozialisierung und Unterwerfung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft unter das Primat des Shareholder Value mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte, der Abkehr von liberal-demokratischer Rechtsstaatlichkeit dem Trend zu einer präventiven Sicherheitsstaatlichkeit Hand in Hand gehen.

Für uns sind Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Sozialismus nicht teilbar oder gegeneinander aufzurechnen. Wir meinen, dass eine plurale LINKE allen Streit über konkrete Wege und Alternativen vor dem Hintergrund einer klaren Übereinstimmung ausmachen muss: Dass jede Art von Sozialismus für uns die Existenz von „Organen“, „Komitees“ und „Diensten“ ausschließt, die über „richtig“ und „falsch“ von Positionen und Sichtweisen entscheiden und daran die Befugnis zu Repression und Unterdrückung knüpfen.

Stephan Wende
Kreisvorsitzender DIE LINKE Oder-Spree

Aus dem Bundestag – Sichtoptik des Petitionsausschusses

Ein Kreuz ist es mit deutschen Kreuzen

Der eisige Hauch schlimmster deutscher Geschichte weht, wenn zum Auftakt des Jahres, in dem die Machtübertragung an die deutschen Faschisten vor fünfundsiebzig Jahren erinnert werden muss, die Forderung laut wird, das Eiserne Kreuz wieder zur Kriegsauszeichnung zu machen. Einem Bremer kam die Idee und ihm schlossen sich zügig Unterstützer an. Überdies empfing der Petitionsausschuss des Bundestages ähnliche Eingaben, hieß es. Die Idee wurde in den Grad höchster Ernsthaftigkeit erhoben, und der Petitionsausschuss sah „ein beachtenswertes Bedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger nach Stiftung eines zusätzlichen, exklusiven Tapferkeitsordens für außerordentliche Leistungen.“[1] Entgegen dem sonst verbreiteten militärischen Getrommel und Gepfeife leitete der Bundestag ganz still die Petition an die Bundesregierung, weil, wie die Volksvertreter erkannten, das EK sich „aus militärhistorischer Sicht hervorragend“ eigne. Genau! Auch bei Orden und dem ganzen Geklunker muss mit der Zeit Schritt gehalten werden. Blech für die Krieger, den Generalstab für die Generäle, wenn denn schon Kriege geführt werden. Also rückwärts, aber richtig! An die Brust tapferer und außerordentlich Leistender gehört nun mal das EK und auf den Soldatensarg gehört das Ordenskissen mit ebendiesem. Der Chef der norwegischen Schnellen Eingreiftruppe am Hindukusch meinte wohlwollend: Die Deutschen müssten sich bei einem Bundeswehreinsatz in Nord-Afghanistan auf Tote einstellen, die Soldaten seien darauf vorzubereiten, Krieg zu führen und das eigene Leben zu verlieren. Laut Ordensgesetz von 1957 dürfen viele der vor 1945 gestifteten Auszeichnungen noch heute getragen werden, so das Ehrenkreuz des Weltkrieges 1914-1918 für Frontkämpfer, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene oder das EK I und II von 1939 oder das Ritterkreuz und das mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten oder das Kriegsverdienstkreuz, das Deutsche Kreuz oder die Medaille Winterschlacht im Osten 1941/42. Die Träger derartigen Zeugs werden weniger, gelegentlich sieht man so etwas bei Märschen der Neofaschisten. Nun muss der Nachwuchs ran und es ist abzusehen, dass neben dem EK der Bundeswehr am Soldatenrock ein „Kampf-, Leistungs- und Tätigkeitsabzeichen“ glänzt, nicht mehr der Wehrmacht wie das Narvikschild 1940, sondern das Afghanistanschild 2008.

Als während der diesjährigen „tollen Tage“ der Bundeskanzlerin ein eigens für sie gefertigter Karnevalsorden verliehen und von ihr mit beglücktem Lächeln entgegengenommen wurde, konnte schon der Wunsch entstehen, es bliebe bei solchen Tinnef. Denn: Mit deutschen Kreuzen war es immer ein Kreuz.

Till

1 Es wird spannend, wie derselbe Ausschuss die fast 176 000 Unterschriften für ein einzuleitendes NPD-Verbotsverfahren beurteilen wird.

Bundeswehrführung gibt Empfehlung für ein Testament

Nicht statthaft

Es wird vehement geleugnet, aber tatsächlich schreitet die Militarisierung des Lebens in der deutschen Republik voran. Bundeswehrangehörige dürfen in den Arbeitslosenämtern, die schamhaft hinter dem Begriff Agentur verborgen werden, mit „sicheren Jobs“ werben und also für den Dienst als Soldat.

Buchmessen, Jugendmessen, Hobbymessen – noch nicht solche in den Kirchen – werden ebenso genutzt wie Volksfeste und andere „Events“, um Verteidiger der hehren deutschen Demokratie in aller Welt zu gewinnen. Feldjäger der Bundeswehr dürfen inzwischen zivil jagen und Zivilisten. Krieg wird kleingeredet als Mission, Einsatz, robuster Einsatz. Auf dem Balkan, am Hindukusch, am Horn von Afrika sind „unsere Jungs“ auf Abenteuerurlaub, so scheint es manchmal. Aber: Immer öfter wird von traumatisierten Heimkehrern gesprochen, manche werden vorgeführt. Einsatzbedingte schwere Erkrankungen sind oft diagnostiziert. Und mit Schlimmerem ist zu rechnen. Der Kriegsminister lässt vorsorglich ein Ehrenmal bauen. Die Bundeswehr gibt derweil eine Broschüre heraus: „Vor dem Einsatz: Belastungen vorbeugen“. Die Führung bereitet die Soldatinnen und Soldaten auf den möglichen Tod vor. Besonders wichtig ist, ein Testament zu machen, vor dem Einsatz, steht geschrieben. Geregelt ist, stirbt ein Soldat, dass ein vorgesetzter Offizier und der Militärpfarrer die Hinterbliebenen aufsuchen, um die Todesnachricht zu überbringen. Keine Dienstvorschrift soll es für das Bestattungsritual geben und, wie das Soldatenmagazin „Junger Soldat“ beklagt, keine Hinterbliebenenorganisation. Das Geschäft mit dem Soldatentod lebt auf! Junge Frauen und Männer mit keiner besseren Perspektive als der zu töten oder getötet zu werden – das ist ein schlimmer deutscher Anachronismus. Keineswegs verwunderlich, leider. Im Land Brandenburg der deutschen Republik hat man eine Vogelplage entdeckt. Elstern und Krähen rufen, wie üblich in solchen Situationen, politische Experten auf den Plan. Was macht der gute deutsche Brandenburger? Er schießt die Rabenvögel ab. Ein Christdemokrat ist sehr dafür. Der eigentlich für Finanzen zuständige Sozialdemokrat ist dagegen: „Es handelt sich bei diesen Vögeln um Geschöpfe Gottes. Da ist es nicht statthaft, sie einfach abzuknallen.“

Till

Defizitäres DDR-Wissen

Dem christlich-demokratischen Fraktionschef im Brandenburger Landtag zog es „die Schuhe aus“, als ihm die Ergebnisse einer Studie der Freien Universität Berlin bekannt wurden, die „deutliche Defizite in der schulischen Vermittlung der DDR-Geschichte“ konstatierte. Und barfuß schwatzte er, die Schulen würden ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht. Wenn man so einige Zeit ohne Schuh steht, kommen einem seltsame Gedanken. Ein Demokratie-Gedenktag fiel ihm ein. Das wird Zeit! Da die Grundrechte in dieser Bundesrepublik von seinen Parteifreunden ausgehebelt werden, sollte gelegentlich eines Gedenktages an Demokratie erinnert werden. Vorausschauend der Mann. Hätte er einen Blick auf die Fragen verwendet, die den Schülerinnen und Schülern von den Veranstaltern der Studie vorgelegt worden waren, wäre ihm sicher noch so manches eingefallen. Die Antwort auf die Frage nach dem von ihm als vernachlässigt empfundenen Bildungsauftrag der Schule heute überhaupt wäre sicher höchst interessant. Ein Beispiel dafür, wie schnell verpufft, was in der Schule vermittelt wurde, ist der Fraktionschef selbst. Was mag er begriffen und behalten haben, wenn er unentwegt von zweiundfünfzig Jahren deutscher Diktatur faselt? Es soll im Jahr 1984 gewesen sein, als er sich, offenbar noch ein bisschen geschult, in einen Gemeinderat wählen ließ, einen diktatorischen vermutlich. Warum also sollen Schülerinnen und Schüler keine Wissenslücken haben dürfen, wenn ausgeschulte Volksvertreter stets dummes Zeug reden?

Lehrerinnen und Lehrer sind die Schuldigen, wird behauptet.

Das ist die vereinfachte, an geistiger Schlichtheit kaum zu übertreffende Schuldzuweisung. Sie lässt vieles unberücksichtigt, auf das darzustellen hier verzichtet werden muss. Aber: Zu großen Teilen sind die Lehrerinnen und Lehrer, aufgemerkt, von Pädagogen ist nie die Rede, Beamte, also vom Staate mit einem Amte versehen. Dieses Amt nehmen sie wahr, mit allen Vor- und Nachteilen. Als solche sind sie Sklaven des Staates, Unfreie. So wird mit ihnen umgegangen. Sicher, sie erhalten angemessenes Entgelt, Beförderungen und Pension, aber gebraucht werden sie als Verschiebemasse, missbraucht als Lehrende ohne pädagogisch arbeiten zu dürfen. Ähnlich Soldaten und Polizisten haben sie zu funktionieren. Sie zittern nicht nur vor der über ihnen schwebenden Versetzungsmöglichkeit, sondern auch vor Vorgesetzten, Bürokraten und Politikern. Damit sich der Lehrerstand gar nicht erst solidarisiert, wurde er dividiert in Beamte, Teilbeamte und Angestellte, und die kann man aufeinander hetzen. Die Wochenstunden werden geringer, das Einkommen ebenso und die Klassenstärken steigen. Nebentätigkeiten werden ausgeübt, genaue Zahlen liegen angeblich nicht vor. Ungenaue sind nicht sicher. Sicher dagegen ist, dass das Land Brandenburg in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 64 Millionen Euro an Kosten für Lehrerinnen und Lehrer sparen will. Und der Fraktionsvorsitzende der CDU mit seinem dummsinnigen Gerede vom Demokratie-Gedenktag spart mit – aber eben nicht mit leeren Worten. Zum Thema defizitäres DDR-Wissen im Osten sei angefügt: Wenn eine Firma in Schleswig-Holstein über das Internet so genannte „Rauchershirts“ mit einem Judenstern und dem Schriftzug „Raucher“ anbot und schnell mehr als eintausend Bestellungen eingingen, macht das deutlich, dass das Defizit an Kenntnissen über die DDR eine fast zu vernachlässigende Größe zu sein scheint.

gh

Schäubleschäum

Schon wieder pokert er
mit falschen Karten
findet immer neue Arten
das Grundgesetz zu demolier'n
eben ein ganz lieber Revolutionärer
christlich-demokratischer
Haudrauf-Verehrer

Ach, wie ginge es uns elend
gälten Terroristen uns als fehlend
keine Arbeit hätt' Schäublette
unser Scharfrichter für's Böse
ginge keine dicke, fette
Beute ihm ins Fahndernetz

(wirklich total traurig
wäre unser Innenminister,
könnt ihr mir glauben)

Dabei will er uns befreien
von Recht und Freiheit
sowie anderen Narreteien
jede Wohnung will er sichten
und die Terrorsucht gewichten
dort beim Bürger im Computer
am Telefon ein wenig lauschen
seid still, dann hört ihr ihn
in der Leitung rauschen!

Nein, der Bürger darf nichts denken
was hehre Ordnung könnt' verrenken
oh, da wacht er drüber strenge
macht immer wieder Fang um Fänge
auf Vorrat wird jetzt jedes Wort gespeichert
für jeden Bürger Klagepunkte angereichert

Ein paar Schützenpanzer will er senden
die liebe, gute Polizei zu stärken
sollte mal wieder das Volk was wenden
die Lektion werden sie sich merken

Bestellst du neue Reisepässe
ist es aus mit deiner Fingerblässe
sie nehmen dir den Abdruck nur
so entsteht bestes Fahndungsmaterial
für die nächste deutsche Diktatur
Geisterfahrer triumphieren dann fatal

Je mehr Terroristen aufgeblasen
um so schneller gelangt er an sein Ziel
den Überwachungsstaat gefährden
darf niemand – klar – denn er will toppen
Stasioberst Mielke, den Großohrspezialisten
wie er herrschte in der Dschi-di-ar
und niemand kann ihn stoppen
den neuen Stasioberst Marke West
Schäubi will den Spitzenplatz
das ist der Sinn der ganzen Hatz

Na, dann Glück auf
und ein dreifaches Ho, ho!
oder wie hieß das bei Honi?

Klar, Schäubleschäum
der liebt euch alle
absetzen sollten wir ihn aber balle.

neu erschienen: Marko Ferst, Republik der Falschspieler. Gedichte; 172 Seiten mit einem Essay zum politischen Gedicht; *www.umweltdebatte.de*

„Klein Zucker und die Kinderbücher“ im Alten Rathaus Fürstenwalde

Unverzichtbare Begleiter durch die Kindheit

„O, das sagt mir alles was“ ruft die Besucherin beim ersten Blick durch den Ausstellungssaal hoch erfreut, will ungeduldig all die bunten Blätter auf einmal sehen und ihrer jüngeren Begleiterin sagen, wo und unter welchen Umständen sie ihnen begegnet ist. Es ist die erste Ausstellung Jahres 2008 in der Kunstgalerie Altes Rathaus in Fürstenwalde, die einen solchen Wiedererkennungseffekt hervorruft. Erinnerungen werden wach an die Gute-Nacht-Geschichte, die ersten Leseerfolge und das Eindringen in die Welt der Märchen …

„Klein Zucker und die Kinderbücher“ zeigt, womit mehrere Generationen in der DDR aufwuchsen: mit Taps und Tine, dem Dackel Oskar, dem Riesen Archibald, dem blonden Ludwig mit Kulleraugen und blauer Schleife, aber auch mit den Menschen aus Leo Tolstois „Kleinen Geschichten“ , mit den Gestalten aus William Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ die seit Jahrhunderten Leser und Theaterbesucher entzücken und mit den kniffligen Fragen des Lebens wie z. B. „Weshalb bekommt man eine Ohrfeige?“

Auch dank dem Einfühlungsvermögen und der Phantasie von zwei Frauen sind sie uns im Gedächtnis geblieben. Erika Klein und Gertrud Zucker haben mit ihren Illustrationen den Helden der Kinderbücher Gesicht und Charakter gegeben und so sind sie in unserem Gedächtnis lebendig geblieben.

Im Alten Rathaus von Fürstenwalde können kleine und große Besucher angesichts der Originalarbeiten nun einen Eindruck gewinnen, wie die beiden Künstlerinnen sich in die Geschichten, geschrieben von den Großen der Weltliteratur wie von befreundeten Autoren, hineindenken konnten. Und auch in die Wünsche und Träume der Heranwachsenden. Die Liebe zu den Kindern spricht aus jedem einzelnen dieser Blätter, half zündende Ideen zu finden und die beste, die adäquate Form.

14 Millionen Kinderbücher aus der Hand der beiden haben ihre Leserinnen und Leser in der DDR gefunden. Viele der meist im Kinderbuchverlag erschienenen Bände wurden auch in die damalige Bundesrepublik und in weitere 19 Länder der Welt geliefert. Groß war die Freude, wenn wieder eines der neu entstandenen Werke auf der Leipziger Buchmesse als „Schönstes Buch“ ausgezeichnet wurde.

Entstanden sind die so geliebten Begleiter durchs Leben ganz in der Nähe. In Bad Saarow hat Gertrud Zucker die allermeisten ihrer 118 Titel erdacht und gestaltet, mitten im Wirbel eines Arzthaushalts mit drei Kindern und nun schon acht Enkeln und einem Urenkel. Sie waren nicht nur die ersten Begutachter ihrer künstlerischen Arbeit, sondern brachten auch oft Ideen ein. Seit 1960 lebt Gertrud Zucker am „Märkischen Meer“, nimmt lebhaften Anteil am kulturellen Leben im Kurort, arbeitet im Freundeskreis der Saarower Bibliothek mit und fühlt sich wohl in der Nachbarschaft ihrer vertrauten Genossen, zu denen mit Helmut Preißler und Götz R. Richter auch zwei der Autoren gehören, mit denen sie einst schöne Bücher gestaltete.

Heute sind Buchaufträge rar. Gertrud Zucker nutzt dennoch viele Möglichkeiten, ihre Kunst einzubringen. Auch die Leserinnen und Leser des „WIDERSPRUCH“ kennen ihre mit spitzer Feder gezeichneten Karikaturen, mit denen sie weiterhin regelmäßig unser Magazin bereichern wird.

Dass sie nun Gelegenheit hat, ihre Buchillustrationen neben der ihrer Freundin Erika Klein in Fürstenwalde zu zeigen, ist ihr eine besondere Freunde. Seit dem gemeinsamen Studium an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Berlin-Weißensee sind die beiden gebürtigen Berlinerinnen unzertrennlich. Gleichgesinnte, wofür die Ausstellung ein beredtes Zeugnis ablegt. In ihrem kleinen Haus in Rießen bei Eisenhüttenstadt verlebte Erika Klein ihre letzten Jahre. Wegen ihrer Krankheit arbeitsunfähig konnte sie sich der Hilfe der Freundin immer gewiss sein. Im Dezember 2003 ist sie, eine der bedeutendsten Kinderbuchillustratorin der DDR, gestorben.

Nun teilen sich die beiden Künstlerinnen den schönen hellen Ausstellungssaal im Alten Rathaus ganz schwesterlich. Unterschiedliche Hündchen auf den Karten zu den einzelnen Bildern informieren auf den ersten Blick, ob sie zu Klein oder Zucker gehören. Ansonsten regiert hier Gemeinsamkeit und Harmonie.

Anni Geisler, Beeskow

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im März/April 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 11. 3., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle
15. 4., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle

Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Finanzausschuss 10. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 12. 3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Rechnungsprüfungsausschuss 21. 4., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport 22. 4., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss KWU 23. 4., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, KWU Karl-Marx-Str. 11/12

Kreistag Oder-Spree

2. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im März

70. Natalie Saubert, Schöneiche
Erika Stürz, Erkner
75. Klaus Bülow, Eisenhüttenstadt
Peter Lindig, Bad Saarow
80. Friedhelm Völz, Fürstenwalde
80. Wolfram Zebe, Kummersdorf
82. Hildegard Karras, Fürstenwalde
87. Elfriede Zschech, Grünheide

160 Jahre Kommunistisches Manifest – seine Bedeutung damals und heute

Diskussionsforum mit Vorträgen von Dr. Dogan Göcmen und Dr. Klaus Blessing sowie Diskussionsbeiträgen u.a. von Prof. Dr. Götz Dieckmann, Prof. Dr. Herbert Meißner

Sonnabend | 15. März 2008 | 10–13 Uhr
Berlin | Franz-Mehring-Platz 1 („ND“, Blauer Salon)

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Veranstaltungen (Auswahl)

- 10. 3., 14 Uhr, Beeskow, Stadtbibliothek „Kupferschmiede“; Prof. Erika Meier liest aus ihrem Buch: „Einfach leben – hüben wie drüben“ auch Frauenschicksale zweier Gesellschaftssysteme
- 15. 3., 9 Uhr, Eisenhüttenstadt, Gesamtmitgliederversammlung des Gebietesverbandes Eisenhüttenstadt, Versammlungsort in der Gebietsgeschäftsstelle – Tel. (0 33 64) 4 42 51 – erfragen
- 29. 3., 9–15 Uhr, Storkow, Friedensdorf; 3. Tagung der 1. Kreisdelegiertenkonferenz DIE LINKE Oder-Spree

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de, V.i.S.d.P.: Stephan Wende
Redaktion: Peter Hochmuth, Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Stadtumbau sozial und innovativ gestalten

Eisenhüttenstadt als Industriestandort, war immer eine Stadt, bei deren Entstehen und Entwicklung großer Wert auf landschaftliche Bezüge gelegt wurde. Die Verbindung der Stadt mit der umgebenden Landschaft fand eine konsequente Umsetzung bei der Gliederung der Wohnkomplexe, die sich häufig an dem Motiv der Allee (Heinrich-Heine-Allee, Pawlowallee u. a.) oder eines „Angers“ (WK V, WK VI) orientierte. Obwohl man eigentlich eine kompakte Stadt anstrebte, bildete sich im Wechselspiel gestalteter und nicht gestalteter, bebauter und nicht bebauter Flächen frühzeitig der Charakter einer Stadtlandschaft heraus.

Im Zuge des Einwohnerrückgangs und Abrissgeschehens in Eisenhüttenstadt muss sich dieser Charakter verstärken. Es stellt sich die Frage, wie sich die dabei aufkommenden Begleiterscheinungen in eine positive Perspektive für die künftige Stadtentwicklung umwandeln ließe.

Dabei ist die Entscheidung der Landesregierung, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Eisenhüttenstadts aktiv aus der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen mit Hilfe von Fördermitteln der EU in den nächsten Jahren zu unterstützen.

Leitbild „Zukunft als vernetzte Stadtlandschaft“

Das Stadtmanagement entwickelte dafür ein räumliches Leitbild mit dem Titel „Zukunft als vernetzte Stadtlandschaft“, das die vorhandenen Gegebenheiten als Chance begreift. „Die Aufnahme in die EU-Förderung im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklung gibt uns eine gesicherte Perspektive für den eigenen Beitrag zur zukünftigen Entwicklung der Stadt. Der Beitrag der Stadt bietet jedoch lediglich einen Rahmen für Möglichkeiten und Initiativen, die in Verantwortung der Bevölkerung dazu beitragen, das Bild von der vernetzten Stadtlandschaft mit Leben zu füllen“ sagt Wolfgang Perske als Leiter des Geschäftsbereichs Stadtmanagement.

Diesen Rahmen konsequent im Interesse der BürgerInnen unserer Stadt auszufüllen hat sich DIE LINKE in Eisenhüttenstadt gestellt. Auf dem Weg zu einer Bürgerkommune muss die Stadtentwicklung transparent mit den Bürgerinnen und Bürgern entstehen, fordert Dagmar Püschel, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung.

Unsere Stadt und ihr Umland sind vor allem sozialer Lebensraum für die Bürgerinnen und Bürger. Hier wohnen und arbeiten sie, hier verbringen sie ihre Freizeit. Deshalb muss die Stadtentwicklung darauf gerichtet sein, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen, zu erweitern und eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu befördern.

Wir, DIE LINKE, verstehen Stadtumbau als sozial-ökologische Stadterneuerung. Die Finanzsituation der Wohnungsunternehmungen darf nicht zu stadtplanerisch sinnlosem Abriss führen. Die weiteren Planungen zur Stadtentwicklung müssen die strukturellen Konsequenzen der demografischen Entwicklung stärker berücksichtigen.

Entscheidend ist für uns, dass der Stadtumbau mit den Bürgerinnen und Bürgern geschieht.

Stadtumbau darf nicht dazu führen, dass am Ende in Wohngebieten Schulen, Kindergärten, Kulturstätten und/oder soziale Einrichtungen fehlen. Die Stadt lebt auch durch ihre Stadtteile. Deshalb wird von uns die Erarbeitung und Umsetzung von Stadtteilentwicklungskonzeptionen gefordert und unterstützt.

Für DIE LINKE in Eisenhüttenstadt ist das Hauptziel in der Wohnungspolitik, dass auch zukünftig alle in Eisenhüttenstädter eine für sie bezahlbare Wohnung in einem guten Wohnumfeld finden. Zu beachten ist dabei der wachsende Bedarf an altersgerechten und barrierefreien Wohnungen. Gesichert bleiben muss auch ein ausreichend großer Bestand an sozialgebundenen Wohnungen im GEWI- und EWG-Eigentum.

Wesentliches Ziel bleibt die Gewährleistung einer sozial verträglichen Mietpreispolitik. Ein Schwerpunkt ist dabei die Höhe der Betriebskosten.

Die erreichte Umweltqualität, die natürliche Umwelt, die Diehloer Berge und der innerstädtische Naherholungsraum „Insel“ sind ausgezeichnete Vorteile, das durchgrünte Erscheinungsbild der Stadt muss erhalten bleiben.

Der Stadtumbau bietet dabei auch Möglichkeiten weitere innerstädtische Naherholungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir bleiben dabei: Abriss allein löst kein einziges Problem im Hinblick auf den Erhalt und die Wiedergewinnung der Attraktivität unserer Städte! Diese Erkenntnis führt zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, dass zum Abriss auch der behutsame Rückbau und vorallem die notwendigen Wohnumfeldverbesserungen gehören. Dies schließt ein, den Stadtumbauprozess nicht eindimensional auf die Wohnungswirtschaft oder die Stadtentwicklung zu fokussieren, sondern ihn als aktiven Prozess der Gestaltung der Lebenssituation der Bürger umzusetzen. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Bürgerbeteiligung an diesem Prozess als wichtiges Gestaltungselement einzufordern. Die Städte müssen von denen gestaltet werden, die darin wohnen!

Eine allgemeingültige Formel für den erfolgreichen Stadtumbauprozess zu finden ist unmöglich. Die Städte und Gemeinden im Land Brandenburg haben alle eine eigenständige Geschichte und sind so auch unterschiedlich gewachsen. Diesen Unterschieden Rechnung zu tragen erfordert Kreativität, Innovation und schöpferisches Handeln der jeweiligen Akteure.

Helga Böhnisch

Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE

PDS-BueroBoehnisch@gmx.de
www.helga-boehnisch.de
Mitarbeiter:
Brigitte Kemna, Dr. Thomas Römer

Bürgerbüro:
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
Tel./Fax (0 33 64) 77 28 81

Forderungen der LINKEN zum Stadtumbau im Land Brandenburg:

Erstens muss allen Prognosen entsprechend, eine Fortführung dieses Programm weit über das Jahr 2010 garantiert werden und zugleich ist eine Erhöhung des Fördervolumens notwendig.

Zweitens ist die Bürgerbeteiligung am Stadtumbauprozess nicht nur Bedingung sondern zugleich auch Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieses Prozesses vor Ort.

Drittens ist es erforderlich, die Nachhaltigkeit des Stadtumbauprogramms durch effektiven Mitteleinsatz im Rahmen der INSEK, der integrierten Stadtentwicklungskonzepte zu erhöhen.

Viertens ist ein Handlungskonzept der Landesregierung für den ländlichen Raum erforderlich, damit auch hier Umbau- und Aufwertungsmaßnahmen für eine bessere Lebensgestaltung durchgeführt werden können.

Fünftens ist es unerläßlich, dass alle abgerissenen und strukturell leerstehenden Wohnungen umgehend von den Belastungen aus Altschulden befreit werden. Das ist eine Voraussetzung, um die Liquidität und damit die Handlungsfähigkeit der betroffenen Wohnungsunternehmen zu erhalten.

Fotos: privat

DIE LINKE Oder-Spree unterstützte Tarifforderungen der Eisenhüttenstädter Metaller

Warnstreik im EKO war erfolgreich

Vor dem Hintergrund der Tarifverhandlungen für die westdeutschen Stahlkocher haben auch in Eisenhüttenstadt 1500 MetallerInnen ihre Warnstreiks durchgeführt.

„Die hohe Beteiligung an den Warnstreiks zeigt, dass die Metallerinnen und Metaller bereit sind, für ihre Forderungen zu kämpfen. Es ist an der Zeit, dasss die Arbeitgeber uns ein ernst zu nehmendes Angebot vorlegen“, sagte der IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer Olivier Höbel. Mit bis zu vierstündigen Warnstreiks haben so rund 2000 Metallerinnen und Metaller aus neun Betrieben in Eisenhüttenstadt und Gröditz ihrer Tarifforderung nach acht Prozent mehr Geld Nachdruck verliehen.

„Ein Blick in die Bilanzen hier am Standort Eisenhüttenstadt zeigt uns deutlich: Unsere Forderung ist bezahlbar“, sagte der IG Metall-Bevollmächtigte von Ostbrandenburg, Peter Ernsdorf, vor den streikenden MetallerInnen. Übrigens nicht nur aus der Stammbelegschaft des EKO sondern auch aus den „Ausgliederungsbetrieben“, also den Betriebsteilen, die im Laufe der vergangenen Jahre aus dem EKO ausgegliedert wurden. KollegInnen von VEO, FSME, Eko Feinblech und Eko Recycling waren solidarisch mit ihren EKO-KollegInnen.

DIE LINKE-Bundestagsabgeordneter Lothar Bisky forderte die Arbeitgeber auf, zügig mit der Gewerkschaft zu verhandeln: „Die Kolleginnen und Kollegen wollen mehr Geld, und sie haben es sich auch erarbeitet. Halten Sie sie nicht hin!“

Gewinne rechtfertigen Forderungen

Auch Helga Böhnisch, Mitglied der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, ist sich klar: „Die Wirtschaftslage und die Aussichten sind gut. Die Gewinne rechtfertigen die Forderung nach acht Prozent Plus.“

Den Durchbruch bei den diesjährigen Tarifverhandlungen Stahl gab es für die westdeutschen Stahlindustrie. Die Tarifkommission der IG Metall gab einstimmig grünes Licht für das erzielte Verhandlungsergebnis zwischen der Gewerkschaft und der Arbeitgeberseite. Der Arbeitgeberverband Stahl und die IG Metall hatten sich auf neue Tarife für die 85 000 Beschäftigten in Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und den angeschlossenen Betrieben in den übrigen Bundesländern geeinigt. Der Abschluss mit einer Laufzeit von 13 Monaten ist der höchste in der Stahlindustrie seit 15 Jahren. Die Beschäftigten erhalten der Regelung zufolge – nach einer Pauschale von 200 Euro für den Monat Februar – ab März eine Entgelterhöhung von 5,2 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen steigen überproportional um 70 Euro monatlich.

„Das nehmen wir an“, beschloss auch unverzüglich die Tarifkommission der ostdeutschen Stahlindustrie. Damit ist der Tarifkonflikt auch für die ostdeutsche Stahlindustrie, und somit auch für unser EKO, beendet.

Einen Wermutstropfen gibt es

Eine Arbeitszeitverkürzung für Ältere war für die Arbeitgeber tabu. „Für uns bleibt das auf der Tagesordnung!“ kündigt Siegfried Wiedt von der IGM in Eisenhüttenstadt an. Und er weiß, die 1500 Warnstreikenden, die im Februar vor die EKO-Tore zogen, sehen das genauso.

5,2 Prozent sind nicht die geforderten 8 Prozent Lohnerhöhung, das weiß auch Lothar Bisky. „Mehr Lohn musste her, und das haben die KollegInnen geschafft: Die Fünf steht auch für die ostdeutsche Stahlindustrie. Das ist ein fairer Kompromiss, der die Beteiligten an der guten wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lässt.“ Damit leisten die KollegInnen eine Beitrag zur Belebung der Binnenkonjunktur – auch davon wird Eisenhüttenstadt profitieren.

Stephan Wende
Vorsitzender DIE LINKE Oder-Spree, ver.di-Mitglied

Kontakte zu Arbeitnehmervertretungen der Gewerkschaften:

ver.di-Bezirk Ostbrandenburg
Zehmeplatz 14
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. (03 35) 60 67 70
bz.ffo@verdi.de

IGM Bezirk Ostbrandenburg
Gartenstraße 2
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. (03 35) 55 49 90
siegfried.wied@igmetall.de

Solidarität und Respekt für einen Arbeitskampf, der alle betrifft

Die Warnstreiks der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind die angemessene Antwort auf die Provokation der Arbeitgeberseite. Nach dem Willen der Arbeitgeber sollen die Beschäftigten ihr mickriges Plus auf dem Gehaltszettel durch längere Arbeitszeiten selbst finanzieren. Heraus kämen dann letztlich Reallohnverluste. Dabei liegen die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst schon seit Mitte der 90er Jahre unter dem ohnehin schon geringen Anstieg in der Gesamtwirtschaft.

Wenn die Arbeitgeber das Wohl der Bevölkerung durch den Streik bedroht sehen, verwechseln sie Ursache und Wirkung. Gute Krankenhäuser, kindgerechte Kindertagesstätten und effiziente öffentliche Verwaltungen sind mit überarbeitetem, schlecht bezahltem und demotiviertem Personal aber nicht denkbar. Dem Wohl der Bevölkerung ist mit einer Ausfinanzierung und Ausweitung des öffentlichen Dienstes am Besten gedient.

Ein erster Schritt wäre, nicht weiter auf dem Rücken der Beschäftigten zu sparen. Den streikenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst gebührt Respekt – Respekt für die Arbeit die sie täglich leisten und Respekt für ihren Arbeitskampf, mit dem sie auch für die Qualität des öffentlichen Dienstes streiken. DIE LINKE steht voll hinter den Zielen und Aktionen der Beschäftigten und solidarisiert sich mit ihrem Warnstreik.